

Heute das Personal der KGV, morgen jenes des Freiburger Spitals

Das neue Gesetz über die Gebäudeversicherung und die Feuerpolizei sieht vor, dass die Mitarbeitenden der KGV nicht mehr dem Staatspersonalgesetz des Staates (StPG) unterstellt sind. Diese Entscheidung beruht aber auf fadenscheinigen Argumenten. Man gibt damit der Geschäftsleitung einfach freie Bahn, ohne die Kontrolle des Staates oder der Gewerkschaften zu schalten und zu walten, und sich beispielsweise ganz eigenmächtig Lohnerhöhungen zu erteilen.

Werden sie dann vielleicht auch die Gebäudeversicherungsprämien erhöhen, wenn sie eines Tages befinden, noch immer nicht genug zu verdienen?

Die Entscheidung der KGV, die vom Staatsrat und dem Grossen Rat diskussionslos geschluckt wurde, stellt ein ganzes Gesetz in Frage, das ansonsten ausgezeichnet ist, um die Feuerpolizei und die Gebäudeversicherung weiterzuentwickeln. Das ist schade.

Das neue Gesetz ermöglicht es der KGV sogar, leistungsabhängige Löhne einzuführen, obgleich sich der Grosse Rat doch erst vor Kurzem dagegen ausgesprochen hat. Es verletzt auch die Gleichbehandlung innerhalb der Staatsangestellten: Wie soll man dem Rest des Staatspersonals den privatwirtschaftlichen Status der KGV-Mitarbeitenden erklären? Der FEDE geht es nicht um eine Anpassung einzelner Status, sondern um Verbesserungen für alle Staatsangestellten.

Mit diesem Gesetz entzieht man dem Staat einen Dienstleister, der für die Gewährleistung der Sicherheit der Freiburger Bevölkerung eine absolut zentrale Rolle einnimmt: Gebäudekontrollen, Elektroinstallationen, Feuer usw.

Warum nicht gleich allen Dienstleistern erlauben, aus dem StPG auszutreten? Ein Austritt der KGV-Mitarbeitenden führt zu einem Zweiklassensystem und somit zu Ungleichheit.

Und das ist keine theoretische Pose: Ein möglicher Austritt des Personals des Freiburger Spitals aus der StPG wird immer häufiger ins Spiel gebracht. Wie soll man es sich erklären, dass man die KGV aus dem StPG ausnehmen will, damit einige wenige mehr verdienen, während das HFR aus Spargründen aus dem StPG austreten soll?

Im Wohle des Personals des öffentlichen Dienstes und der Freiburger Bürgerinnen und Bürgern bitten wir Sie daher, dieses Referendum zu unterschreiben.

Während die KGV enorme Lobbyarbeit betrieb, um das neue Gesetz durch die Vernehmlassung zu bringen, hat sie es während des ganzen Prozesses nicht als nötig erachtet, die Warnsignale der FEDE und damit des Dachverbands der Staatsangestellten zu erhören. Der Staatsrat und der Grosse Rat sind ihr auf den Fuss gefolgt, indem sie befanden, dass es sich hierbei nicht um eine wichtige Frage handelt.

Dabei handelt es sich hier um eine Grundsatzfrage. Wenn man dem Personal der KGV nämlich erlaubt, aus dem StPG auszutreten, dann etabliert man damit einen gefährlichen Präzedenzfall. Wir müssen verhindern, dass andere Einrichtungen nachziehen und dies zu einem Präzedenzfall wird. Wir hätten in Zukunft keine Argumente mehr gegen den Austritt anderer Staatsdienste aus dem StPG. Man würde damit gleich auch noch EVALFRI frontal angreifen, was auch einem Angriff auf die Sozialpartnerschaft, durch die wir den Status der Staatsangestellten in den letzten Jahren stetig verbessert haben, gleichkommen würde.

Es ist ausgeschlossen, dass die FEDE einen starken Service public, der dem Kanton zu Erfolg verhilft und die Ruhe und Gelassenheit des Personals sicherstellt, ohne Gegenwehr mit Füssen treten lässt. Der öffentlich-rechtliche Status gewährt dem Personal Fairness und Stabilität, d. h. die nötigen Rahmenbedingungen, um den Freiburger Bürgerinnen und Bürgern qualitativ hochstehende Dienstleistungen zu erbringen.